

# WOCHENBERICHT

DES

## INSTITUTS FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG

HERAUSGEBER: PROF. DR. ERNST WAGEMANN

4. JAHRGANG

BERLIN, DEN 27. JANUAR 1932

NUMMER 43

**WAGEMANN:**

**Zum Thema: Geld- und Kreditreform**

### Mißverständnisse und Irrtümer

In den letzten Tagen befaßte sich die öffentliche Diskussion mit einem Plan zur Geld- und Kreditreform, den ich, unterstützt und beraten von einem Kreis hervorragender Sachkenner, ausgearbeitet und der Öffentlichkeit als private wissenschaftliche Arbeit unterbreitet habe<sup>1)</sup>. Dabei sind in der Presse manche Mißverständnisse entstanden, die es mir zur Pflicht machen, den Lesern der „Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung“ einiges Grundsätzliche des Reformprogramms auseinanderzusetzen.

Namentlich zwei irriige Vorstellungen sind an verschiedenen Stellen aufgetaucht: Manche scheinen zu glauben, die Reform berge in sich die Möglichkeit (und die Gefahren) einer Inflation. Andere wiederum haben nicht diese Sorge, befürchten aber, daß sich der Geldumlauf in wertsicheres Außengeld und der Entwertung ausgesetztes Binnengeld spalten könne.

### Aufgaben der Reform

Das Reformprogramm hat zum Ziel, die gefährliche Kreditklemme zu beseitigen. Es kommt also darauf an, die Möglichkeit dafür zu schaffen, daß der laufende Warenumsatz von den Fesseln befreit wird, die ihm die Kreditkrise auferlegt hat. Freilich muß man sich vor dem Irrtum hüten, daß mit einer Kreditreform bereits der unmittelbare Anstoß zu einem Konjunkturaufschwung gegeben sei. Indes ist der gegenwärtige Zustand so, daß jede Anregung zur Belebung der Geschäftstätigkeit (seien es Aufträge aus dem Ausland, seien es dringende Aufgaben auf dem Binnenmarkt) auf unfruchtbaren Boden fällt, da der Kreditapparat nicht richtig funktioniert. Alle konjunkturpolitischen Programme, ob sie Exportförderung, Arbeitsdienst, produktive Erwerbslosenfürsorge oder sonst wie heißen, stoßen — selbst wenn sie sachlich durchführbar erscheinen — auf die Unmöglichkeit der Finanzierung. Infolgedessen verschärft sich der Widerspruch zwischen dem Überfluß an Vorräten und Produktionsanlagen und der wachsenden Not der Bevölkerung von Tag zu Tag. Es gäbe hier einen billigen Ausweg, der freilich binnen kurzem die Schwierigkeiten um so schärfer auftauchen ließe: Inflation und Subventionen. Will man dies verhindern und dennoch die Erstarrung der Kreditwirtschaft lösen, so bleibt nichts anderes übrig, als nicht bei den Symptomen, sondern unmittelbar an der Wurzel anzupacken. Es ist kein Geheimnis, daß ein großer Teil aller Geldforderungen gegenwärtig nur auf dem Papier steht und uneinbringlich ist. Das gilt schon für die Produktionsunternehmen; es gilt in erhöhtem

Maße für die Banken. Bei den Produktionsunternehmen helfen sich die Gläubiger möglichst damit, daß sie die gesunden Teile der zusammengebrochenen Unternehmen zusammenfassen und sie unter schärfster Kontrolle abseits der illiquiden Konkursmasse arbeiten lassen.

In der Kreditwirtschaft hat man sich bisher vor diesem Schritt gescheut. Neben den eingefrorenen Krediten enthalten die Bankbilanzen aber noch viele Milliarden liquider und liquidierbarer Mittel. Was liegt näher, als diesen wertvollen und gesunden Kern herauszulösen und mit ihm eine Kreditorganisation zu schaffen, die den volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Belastungsproben eher gewachsen sein wird, als die gallertartige Vermischung gesunder und kranker Teile?

### Grundzüge der Reform

Diese Überlegung führt zwangsläufig zu der Forderung, ein Kreditsystem aufzubauen, das als Grundlage neuen Vertrauens den Sammelpunkt aller liquiden Mittel bildet. Und wenn man aus der Juli-Krise gelernt hat, daß der Mangel an ausreichenden Liquiditätsreserven den letzten Anstoß zum überstürzten Ablauf der Ereignisse gegeben hat, so ist es wohl klar, daß der Wiederaufbau mit der straffen Zusammenfassung der noch vorhandenen Liquiditätsreserven an den besonders gefährdeten Stellen beginnen muß. Zwei solcher Gefahrenpunkte gilt es besonders zu schützen:

1. Die Liquidität der kurzfristigen Bankeinlagen und
2. die Liquidität gegenüber dem Ausland.

<sup>1)</sup> Wagemann „Geld- und Kreditreform“; Heft 1 der Sammlung „Staatswissenschaftliche Zeitfragen“, herausgegeben von Ernst Wagemann in Verbindung mit W. von Moellendorff und O. von Zwiedineck-Südenhorst, Verlag Reimar Hobbing, Berlin 1932. Die Bezieher der Wochenberichte erhalten die Broschüre zum Vorzugspreis von RM 2.— (statt RM 2.40) vom Verlag, Berlin SW 61, Großbeerenstr. 17

Die Liquidität der kurzfristigen Bankgelder erfordert Konzentration und Kontrolle der Liquiditätsreserven an zentraler Stelle. Das setzt jedoch einen Umbau der Giralverfassung, des Scheckwesens, voraus, damit der Kreislauf der Kreditgelder unbedingt gewährleistet wird. Die Erfahrungen des Auslandes haben gezeigt, daß dies u. a. am besten durch die Verpflichtung der Banken erreicht wird, einen bestimmten Teil ihrer Depositen als Reserve bei der Notenbank zu halten.

Die Notenbank wieder kann die Verwaltung dieser Reserven nur dann sinnvoll durchführen, wenn sie selbst eine entsprechende Liquiditätsreserve gegenüber dem Ausland hat. Denn — das hat ebenfalls die Juli-Krise gelehrt — der Notenbank droht die Hauptgefahr nicht von seiten des inländischen Stückgeldumlaufs, sondern von seiten der Bankeinlagen. Die Auslandsgelder, die abgezogen werden, stehen bei den Banken als Depositen (Giralgelder), die nun plötzlich in Devisen umgewandelt werden sollen. Da nun nach meinem Plan die Bankdepositen in einem bestimmten Verhältnis durch Reichsbank-Giro Guthaben gedeckt sein sollen, wird die Reichsbank zweckmäßigerweise ihre Deckungsbestände zur Sicherung der Giralgeld-Liquidität und zur Deckung der großen Noten (100 RM und darüber) verwenden, die ihrer Funktion nach den Bankdepositen gleichzustellen sind.

Demgegenüber kann die Deckung der kleinen Noten zurücktreten, die als Scheidegeld behandelt werden, und die gleiche Rolle spielen können wie beim gegenwärtigen System die Silbermünzen. Für diesen Teil des Geldumlaufs, der überwiegend zur Bewältigung der inländischen Umsätze des täglichen Lebens dient, ist als Deckung ein fester Block von öffentlichen Anleihen gedacht. (Diese Lösung hat nebenbei den Vorteil, daß die schwebende Schuld der öffentlichen Hand zu einem Teil konsolidiert wird.) Dabei ist es selbstverständlich, daß die kleinen Noten jederzeit ohne Kursverlust in große umgewechselt werden können; die Gefahr einer Doppelwährung besteht dabei in keinem Fall, wie weiter unten noch eingehender dargelegt wird.

Die Bedeutung des öffentlichen Kredits als Liquiditätsgarantie würde sich gegenüber dem bisherigen Zustand wandeln. Unmittelbar dient gegenwärtig der öffentliche Kredit

- a) als Unterlage für die Scheidegeldausgabe; zur Zeit rd. 1,3 Mrd. RM,
- b) als Sicherung der Bankeinlagen bei einigen Instituten (Danat-Bank, Dresdner Bank) in vorläufig unbekanntem Umfang.

In Zukunft soll der öffentliche Kredit in festbegrenztem Umfang (vielleicht 3 Mrd. RM bzw. weniger oder mehr; die beste Grenze muß noch ermittelt werden) als Unterlage für die kleinen Noten (bis 50 RM) dienen. Das Reich garantiert also gewissermaßen das Geld des Kleinverkehrs, während die Garantie für die Bankliquidität dem neuen Deckungssystem zufallen soll.

Es zeigt sich also, daß die Reform zunächst als Hauptziel die Auftauung des „eingefrorenen“ Bankkredits hat. Da sich der weitaus größte Teil des Auslandszahlungsverkehrs auf dem Weg über die Banken abspielt, kommt eine derartige Sicherung der Bankenliquidität ferner einer Sicherung der volkswirtschaftlichen Liquidität gegen-

über dem Ausland gleich. Es wird so dem Mißtrauen entgegengewirkt, das jetzt das Funktionieren des Kreditapparates verhindert. Die Bankeinlagen der Zukunft sollen tatsächlich das werden, was man schon jetzt von ihnen verlangt: So gut wie bares Geld. Damit ist eine entscheidende Voraussetzung für eine konjunkturelle Belebung der Produktionswirtschaft gewonnen.

\*

Dieser Teil des Reformprogramms — die Bankreform — ist in der Öffentlichkeit bisher kaum auf Widerspruch gestoßen. Mißverstanden wurden dagegen die Folgerungen, die sich aus der Umstellung oder Verlegung der Golddeckung vom Konsumentengeld zum Produzentengeld ergeben. Es seien daher einige Bemerkungen dazu erlaubt, Bemerkungen, die an die zum Teil seit vielen Jahrzehnten als selbstverständlich anerkannten Grundsätze der Lehre vom Geld anknüpfen.

### Öffentliche Anleihen als Deckungsblock

Der deutsche Geldumlauf setzte sich Ende Dezember 1931 folgendermaßen zusammen:

Reichsbanknoten . . . . .	4738	Mill. RM
Privatbanknoten . . . . .	188	„ „
Rentenbankscheine . . . . .	422	„ „
Münzen . . . . .	1290	„ „
Geldumlauf insgesamt . . . . .	6638	Mill. RM

Als Deckung dieses gesamten Geldumlaufs dienen die Gold- und Devisenbestände der Notenbanken (1230 Mill. RM) und der Wechselbestand der Notenbanken (4388 Mill. RM). Der Rest der Deckung besteht aus öffentlichen oder öffentlich-rechtlich begründeten Schulden. Das gilt vor allem für den Münzumlauf. Die Ausprägung von Münzen ist ein Monopol des Reichs, das in der Münzausgabe lediglich an die gesetzliche Höchstgrenze von 30 RM je Kopf (seit 18. 7. 31; früher 20 RM) gebunden ist. Da der Materialwert der Münzen nur einen Bruchteil des Nennwerts ausmacht, repräsentiert der Münzumlauf praktisch einen Kredit, den das Reich bei der Bevölkerung aufgenommen hat. Auch der Umlauf von Rentenbankscheinen ist durch einen Kredit an das Reich gedeckt. Die gegenwärtige Lage stellt sich also so dar, daß Ende Dezember 1931 der gesamte Geldumlauf (einschl. Münzen und Rentenbankscheinen)

zu 18,5 vH durch Gold und Devisen,  
zu 55,7 vH durch Wechsel,  
zu 25,8 vH durch öffentliche und öffentlich-rechtlich begründete Kredite  
gedeckt ist.

Es ist also — was vielfach übersehen wird — bereits bei den gegenwärtig geltenden Gesetzen ein beträchtlicher Teil des Geldumlaufs durch öffentliche „Anleihen“ gedeckt. Das ist nun nicht etwa eine Besonderheit der gegenwärtigen deutschen Lage; in fast allen Ländern besteht ein Teil des Geldumlaufs aus staatlich ausgegebenen Scheidemünzen ohne metallische oder wechselmäßige Deckung. Auch das deutsche Geldsystem der Vorkriegszeit kannte diese Zweiteilung:

**Geldumlauf Ende 1913**

Umlauf von Noten . . . . .	2721 Mill. M
„ „ Goldmünzen . . . . .	2755 „ „
Umlauf von Silber-, Nickel- und Kupfermünzen . . . . .	928 Mill. M
Umlauf von Reichskassenscheinen über 5 und 10 RM . . . . .	148 „ „
Insgesamt	6552 Mill. M

Von diesem Geldumlauf waren

- 4,2 Mrd. M = 64 vH durch Gold<sup>1)</sup>,
  - 1,3 „ „ = 20 vH „ Wechsel,
  - 1,1 „ „ = 16 vH „ öffentliche Kredite<sup>2)</sup>
- gedeckt.

\*

Bei einer Reform des deutschen Geld- und Kreditwesens wäre nun in Betracht zu ziehen, ob nicht auch die kleinen Noten durch öffentliche Anleihen gedeckt werden sollen. Nimmt man den gegenwärtigen Umfang des Geldumlaufs als gegeben hin, so würde Deckung der kleinen Noten durch öffentliche Anleihen praktisch dasselbe bedeuten, wie wenn Reichsbanknoten eingezogen und dafür Silberscheidemünzen ausgegeben werden. Die Ausgabe von Silbermünzen kann aber in Deutschland aus verschiedenen Gründen nur bis zu einem gewissen Grad ausdehnt werden:

- a) Der Verkehr ist für Hartgeld nur begrenzt aufnahmefähig,
- b) der Silberbedarf für Münzprägung belastet die Handelsbilanz<sup>3)</sup>,
- c) die Ausgabe von Münzen auf Grund des fiskalischen Münzmonopols kann leicht in Widerspruch zu den kreditwirtschaftlichen Interessen der Gesamtwirtschaft geraten, da die Scheidemünzenausgabe außerhalb des Kreditsystems steht.]

Das läßt es zweckmäßig erscheinen, die gesamte Geldausgabe einheitlich bei der Zentralnotenbank zusammenzufassen, abgesehen vielleicht von dem verhältnismäßig kleinen (echten) Hartgeldbedarf. Der Unterschied gegenüber der staatlichen Münzausgabe wäre lediglich der, daß das Reich den Kredit nicht mehr unverzinslich und unmittelbar durch die Ausgabe von Geldzeichen, sondern mittelbar durch Ausgabe von verzinslichen Anleihestücken erhält.

Wenn man nun noch einen (formalen) Schritt weitergeht, und die Grenze zwischen Scheidegeld und valutarischem Geld anstatt bisher bei 5 RM künftig etwa bei 50 RM zieht, ändert das praktisch an der Verkehrsfunktion der Geldzeichen nichts, erleichtert aber der Notenbank die Deckung der erwerbswirtschaftlichen Geldarten (große Noten und Giro Guthaben) und die Sicherung des Währungskurses.

**Doppelwährung?**

Als diese Erwägungen zuerst in der Öffentlichkeit bekannt wurden, wurde vereinzelt der Vorwurf erhoben, daß die Einführung einer Doppelwährung vorgeschlagen sei. Das beruht jedoch auf einem Irrtum.

Unter „Doppelwährung“ versteht man das Nebeneinander zweier Geldsysteme mit verschiedenen Wertgrundlagen (z. B. Gold und Silber), wobei aber beide Geldarten volle gesetzliche

<sup>1)</sup> Geldumlauf und Goldbestand der Notenbanken. —

<sup>2)</sup> Scheidegeld und Reichskassenscheine. —

<sup>3)</sup> Die Einfuhr von Silber (Feinsilber, Bruchsilber, und Silbermünzen) ist im Zusammenhang mit den verstärkten Münzprägungen von 22 Mill. RM im Jahre 1930 auf 45 Mill. RM im Jahr 1931 gestiegen.

Zahlungskraft haben, d. h. jede für sich valutarisches Geld ist. Derartige Doppelwährungen haben sich in der Praxis niemals lange halten können; denn das „gute“ Geld wird gehortet und so vom „schlechten“ aus dem Umlauf verdrängt (Greshamsches Gesetz). Anders in den modernen Währungsverfassungen. Hier gibt es nur eine valutarische Währung mit gesetzlicher Zahlungskraft. Das gleichzeitig umlaufende Scheidegeld hat nur beschränkte Zahlungskraft, ist aber jederzeit zum vollen Nennwert in valutarisches Geld umwandelbar.

Die Einrichtung des Scheidegeldes wurde vor einigen hundert Jahren zuerst in Florenz entdeckt.

Damals waren Goldmünzen für den Großverkehr und Silbermünzen für den Kleinverkehr als gesetzliche Zahlungsmittel nach Art der Doppelwährung im Umlauf. Immer wieder wurde jedoch das „gute“ Goldgeld durch das schlechte Silbergeld verdrängt, bis man auf den Gedanken kam, die kleinen Münzen unterwertig auszuprägen, ihren Umlaufbetrag und die Annahmepflicht zu begrenzen, kurzum das Kleingeld als „Scheidegeld“ zu behandeln. Und siehe da: Das Wunder gelang; das unterwertige Scheidegeld hielt sich als Geld des täglichen Kleinverkehrs im Umlauf. Die Scheidemünzen konnten nämlich zu ihrem Nominalwert, d. h. zu dem ihnen durch den Prägestempel aufgedruckten Wert, jederzeit in Währungsgeld umgetauscht werden, obgleich ihr Materialwert erheblich niedriger als der Nennwert war. Dadurch ordnete sich die Scheidemünze organisch in das Geldsystem ein. Voraussetzung für das Funktionieren des Scheidegeldes ist natürlich, daß die Umlaufmenge nicht größer als der Verkehrsbedarf ist. Denn, wenn dies der Fall ist, strömt das Scheidegeld den öffentlichen Kassen zu; der Verkehr weigert sich, es aufzunehmen.

Wenn man nun daran denkt, in Deutschland die Grenze zwischen Scheidegeld und Währungsgeld etwa bei Stücken von 50 RM zu ziehen, so kann man als Verkehrsbedarf sicherlich einen starren Block von mehr als 3 Milliarden Reichsmark annehmen; sind doch gegenwärtig bereits für mehr als 4 Mrd. RM Noten im Nennwert von 50 RM und darunter sowie rd. 1,3 Mrd. RM Münzen im Umlauf.

Es ist also nicht einzusehen, warum sich die Verkoppelung von Scheidegeld und valutarischem Geld, die sich seit Jahrhunderten bewährt hat, nicht auch im Sinn unseres Vorschlags bewähren sollte. Es ist aber noch weniger zu begreifen, wieso das Scheidegeldsystem nach jahrhundertelanger Bewährung nunmehr plötzlich mit den Nachteilen einer Doppelwährung behaftet sein soll. Da die unbeschränkte Umwechslung der kleinen Stücke in valutarisches Geld gewährleistet ist, und da der tägliche Verkehr auf die kleinen Geldstücke angewiesen ist, so ist eine Agiotage bei richtiger Bemessung der Umlaufmenge ausgeschlossen.

**Sicherung des Valutakurses**

Einer weit verbreiteten Meinung nach ist der Außenwert einer Währung unbedingt abhängig von der Deckung der Noten. Das ist aber ein grundlegender Irrtum, der sich bereits bei der oberflächlichen Betrachtung von drei Beispielen aus der Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahre deutlich offenbart: (vgl. das Schaubild S. 174.)

Spanien besaß in den Jahren 1929 und 1930 einen Goldvorrat, der eine Golddeckung des Geldumlaufs zwischen 50 und 60 vH erlaubte. Dennoch hat sich der Peseta-Kurs fast ununterbrochen verschlechtert.

Brasilien's Goldvorrat ist im Laufe des Jahres 1930 fast völlig zusammengeschmolzen. Hier hat mit sinkendem Goldbestand auch der Wechselkurs seine Stabilität verloren, obwohl der Geldumlauf eher gesunken als gestiegen ist.

Dagegen konnte Deutschland trotz riesenhafter Gold- und Devisenverluste seit 1930 den Markkurs stabil halten.

Daraus ergibt sich bereits, daß der Außenwert einer Währung auf Veränderungen in der Relation von Goldbestand zu Geldumlauf recht verschiedenartig reagiert. Das ist ohne weiteres verständlich, wenn man sich klar macht, daß der Valutakurs nicht eine Funktion der prozentualen Golddeckung ist, sondern ein Preis

wie jeder andere, der sich aus Angebot und Nachfrage bildet. Dabei werden in den seltensten Fällen Münzen und Noten, sondern Forderungen, nämlich Wechsel, Schecks und sonstige Schuldtitel, gehandelt<sup>1)</sup>. Das Gold

zu einem Fünfte durch Gold und Devisen gedeckt werden sollen, so bedeutet dies praktisch keine Änderung der erforderlichen Goldmenge, sondern lediglich eine Änderung des Gesetzes mit Rücksicht auf die tatsächlichen Erfordernisse des Zahlungsverkehrs.

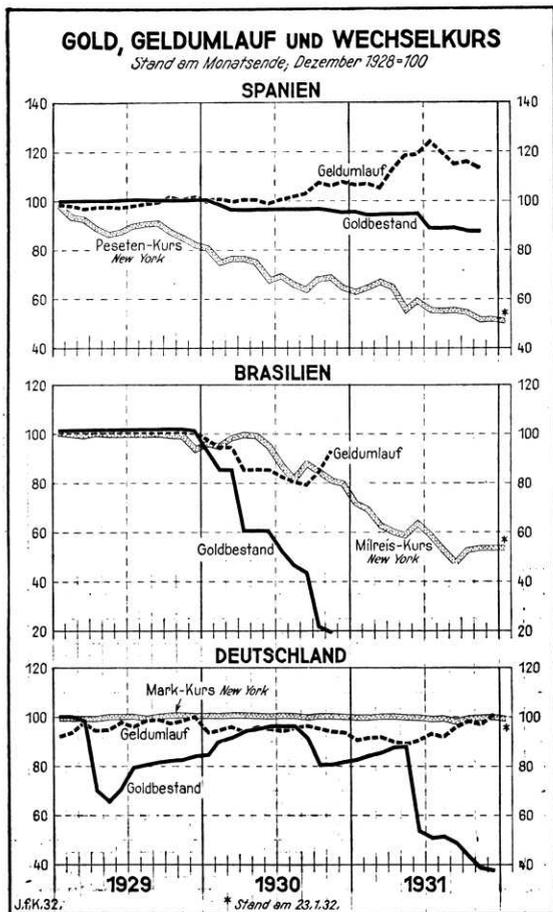
### Binnenwährung und Außenwährung?

Die Stabilität des Markkurses im Ausland ist also bei der vorgeschlagenen Neuregelung der Deckung mindestens ebenso gesichert wie beim gegenwärtigen Zustand. Befürchtet wird aber, daß unter Umständen neben dem gesicherten Außenwert der großen Noten und des Giralgeldes ein Disagio des Binnengeldes entstehen könnte. Diesen Bedenken sind die gleichen Argumente entgegenzuhalten wie den Befürchtungen, daß eine Doppelwährung geschaffen werde: Eine isolierte Binnenwährung wäre nur dann denkbar, wenn die zwei Geldsorten miteinander konkurrieren würden, ohne daß sie gegeneinander eintauschbar wären. Wie der Mechanismus aber in Wirklichkeit arbeitet, läßt sich bereits am gegenwärtigen Zustand erkennen: Die umlaufenden Silbermünzen sind lediglich Scheidegeld mit beschränkter Zahlungskraft und mit sehr geringem Materialwert; sie sind daher im internationalen Verkehr nur beschränkt kursfähig. Trotzdem wird niemand auf den Gedanken kommen, die Silbermünzen im Binnenverkehr als „minderwertiges Geld“ im landläufigen Sinne zu betrachten.

### Inflation?

Verschiebungen in der Deckungsgrundlage des Stückgeldes haben nichts mit Inflation zu tun, wenn man unter Inflation eine ungesunde Aufblähung des Geldumlaufs über den durch den Geschäftsumfang gegebenen Betrag hinaus versteht. In unserem Fall handelt es sich nämlich lediglich darum, die Deckungsgrundlage des bereits vorhandenen Geldumlaufs zu ändern, ohne daß sich an der Umlaufmenge etwas zu ändern braucht. Für die Wirkung einer bestimmten Geldmenge auf die Preise ist es gleichgültig, ob das Geld durch Gold oder andere Sicherheiten gedeckt ist. Inflationäre Wirkungen eines übertriebenen Geldumlaufs können ebenso gut eintreten, wenn der Geldumlauf zu 100 v.H. durch Gold gedeckt oder wenn gar keine Metalldeckung vorhanden ist. Man konnte gelegentlich (so in den Vereinigten Staaten und in Frankreich) sogar von einer „Goldinflation“ sprechen.

Andererseits ist die Höhe des umlaufenden Geldbetrags noch nicht entscheidend dafür, ob Inflationseffekte zu erwarten sind oder nicht. Der Geldumlauf der Niederlande, der Schweiz und Frankreichs ist — je Kopf der Bevölkerung gerechnet — zwei- bis dreimal so hoch wie der Deutschlands; trotzdem ist in diesen Ländern von Inflationseffekten viel weniger die Rede als z. B. in Rußland, wo der Geldumlauf nur halb so groß ist wie in Deutschland. Unterschiede in der Währungs- und Kreditpolitik, in den Geschäftsgewohnheiten usw. sind hierbei viel wichtiger als die absolute Höhe der Geldmenge.



spielt heutzutage dabei höchstens die Rolle eines Spitzenausgleichs. Es ist für die Wirkung des Goldeinsatzes ganz nebensächlich, in welchem Verhältnis die Goldmenge zur inländischen Zahlungsmittelmenge steht, wenn nur im Bedarfsfall Gold überhaupt eingesetzt werden kann.

Wenn man bisher gefordert hat, daß die Goldvorräte eines Landes in einem bestimmten Verhältnis zur inländischen Zahlungsmittelmenge stehen sollen, so kam dies aus der Überlegung, daß in jeder Volkswirtschaft Inlands- und Auslandszahlungen in einer mehr oder weniger festen Relation stehen. Aus langer Erfahrung wußte man, daß im allgemeinen eine Goldreserve von 30 bis 40 vH des inländischen Zahlungsmittelums laufs ausreicht, um den üblichen Ansprüchen zu genügen. Dabei vergaß man, daß mit fortschreitendem bargeldlosen Zahlungsverkehr der Stückgeldumlauf immer weniger als Maßstab für die Zahlungsumsätze gelten konnte. Nimmt man die Scheck- (Giro-)guthaben in Deutschland mit rd. 10 Mrd. RM an, so entspricht die 40 prozentige Deckung des Notenumlaufs einer Deckung der Giroguthaben, die als Produzentengeld hauptsächlich in Frage kommen, von etwa 20 vH. Wird nun gefordert, daß die kleinen Noten, die den größten Teil des Notenumlaufes ausmachen, gar nicht, die Giroguthaben aber

<sup>1)</sup> Um welche Größenordnungen es sich dabei handelt, geht aus folgendem hervor: der Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln für den Reiseverkehr, also hauptsächlich Noten und Münzen, ist in Deutschland mit etwa 20 bis 30 Mill. RM je Monat zu veranschlagen. Für die — meist bargeldlose — Bezahlung der Einfuhr werden dagegen monatlich 500 bis 1000 Mill. RM Devisen benötigt.

Anschrift des Herausgebers: Berlin W15, Kurfürstendamm 193-194, Fernsprecher: Bismarck 7315 — Verlag: Reimar Hobbing, Berlin SW61, Grossbeerenstrasse 17, Fernsprecher: Bergmann 2527 — Pressgesetzlich für die Redaktion verantwortlich: Dr. Theodor Bühler, Berlin — Bezugspreis für den Jahrgang (einschl. Zustellung im Inland) RM. 30.— bzw. (bei vierteljährlicher Zahlung) RM. 7,75 je Vierteljahr. Gedruckt bei H. S. Hermann G. m. b. H., Berlin

## Die Beschäftigung im Dezember

Die Beschäftigung der Arbeiter ist im Dezember bedeutend stärker zurückgegangen als in den Vormonaten. Die Zahl der besetzten Arbeiterplätze hat sich von 47,5 im November auf 44,8 v.H. der Arbeiterplatzkapazität vermindert; schärfer noch, von 41,8 auf 38,6 v.H. der Arbeiterstundenkapazität ist die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden gesunken. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit war in den letzten Monaten

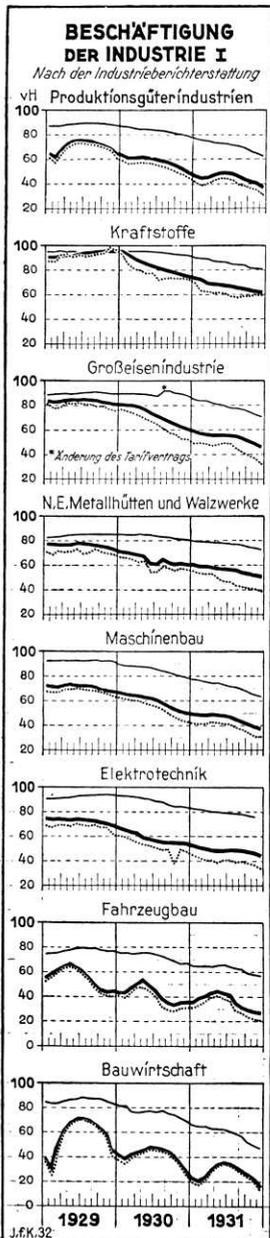
leicht gestiegen; im Dezember ist in einer beträchtlichen Anzahl von Industriezweigen die Arbeit gestreckt worden, die durchschnittliche Arbeitszeit ist daher auf 6,97 Stunden zurückgegangen.

In den Produktionsgüterindustrien war der Rückgang der Beschäftigung fast doppelt so stark wie in den Vormonaten. Dies ist vor allem auf die scharfe Schrumpfung der Bautätigkeit zurückzu-

### Ergebnisse der Industrierichterstattung<sup>1)</sup>

Monat	Produktionsgüter-Industrien <sup>2)</sup>	davon							Verbrauchsgüter-Industrien <sup>3)</sup>	davon					Gesamte Industrie
		Kraftstoffe <sup>4)</sup>	Großeisenindustrie	N. E. Metallhütten und Walzwerke	Maschinenbau	Elektrotechnik	Fahrzeugbau <sup>5)</sup>	Bauwirtschaft <sup>6)</sup>		Textilindustrie	Industrien für Hausraum- und Wohnbedarf <sup>7)</sup>	Industrien für Kulturbedarf <sup>8)</sup>	Nahrungsmittel-Industrien <sup>9)</sup>	Genußmittel-Industrien <sup>10)</sup>	
<b>1. Zahl der beschäftigten Arbeiter in v.H. der Arbeiterplatzkapazität</b>															
<b>1930</b>															
August ...	58,3	80,6	68,5	64,4	58,5	55,8	38,3	46,4	63,9	72,8	59,2	52,9	63,7	78,1	60,7
September	56,6	79,3	66,5	62,1	56,0	55,4	34,9	44,7	64,1	71,8	57,3	53,4	66,1	78,2	59,8
Oktober ..	54,4	77,7	64,5	60,8	53,4	55,2	33,3	41,0	63,5	71,1	58,7	53,7	67,4	77,7	58,3
November	52,0	75,8	62,1	61,3	51,1	54,7	34,9	35,8	62,2	69,9	57,5	53,7	67,0	79,8	56,4
Dezember.	49,0	74,9	60,6	60,4	50,0	54,6	35,1	28,6	60,7	67,9	54,8	53,0	64,2	78,4	54,2
<b>1931</b>															
August ..	46,4	65,8	55,1	56,3	45,9	49,1	34,6	32,0	58,0	65,8	52,4	45,1	60,6	73,3	51,4
September	44,3	64,4	53,2	54,6	43,8	48,7	31,3	28,8	57,7	65,8	53,1	45,0	62,4	69,6	50,1
Oktober ..	42,2	62,8	50,7	53,8	41,3	48,2	29,5	25,6	57,8	65,6	54,9	45,1	64,1	69,6	48,9
November.	40,3	62,1	48,7	52,0	39,2	46,9	28,1	22,4	57,1	64,7	56,9	45,1	62,9	68,2	47,5
Dezember*	37,3	.	46,1	51,4	37,5	.	26,9	16,1	54,9	63,5	53,5	42,6	59,9	63,1	44,8
<b>2. Zahl der geleisteten Arbeiterstunden in v.H. der Arbeiterstundenkapazität</b>															
<b>1930</b>															
August ..	53,3	73,1	60,7	58,9	52,8	49,0	32,0	44,9	56,8	64,2	48,8	46,2	59,6	70,9	54,8
September	51,9	73,5	57,8	57,5	49,8	49,6	29,1	43,0	58,1	63,0	51,6	48,0	62,9	72,0	54,5
Oktober ..	49,1	73,3	56,1	55,9	47,0	36,6	28,9	38,6	57,6	62,5	54,0	48,9	64,7	72,5	52,7
November	47,9	73,2	52,2	57,6	44,1	49,1	30,5	34,1	57,1	61,4	54,6	48,7	65,0	78,4	51,8
Dezember.	44,3	72,2	2,1	56,1	43,2	47,8	30,6	25,0	54,2	58,5	48,0	47,4	61,4	78,5	48,9
<b>1931</b>															
August ..	39,9	57,3	44,4	43,7	38,2	39,3	28,6	30,3	49,5	54,4	46,9	36,0	53,8	59,6	44,0
September	38,2	58,4	41,6	42,2	36,6	39,9	26,5	26,9	50,3	54,9	48,4	37,3	58,4	53,4	43,4
Oktober ..	36,4	58,3	38,9	41,8	34,1	38,1	23,2	23,8	50,7	56,0	50,2	39,1	58,9	57,9	42,5
November.	35,0	59,5	36,5	40,5	31,7	37,0	21,6	20,8	50,9	56,8	52,7	37,7	59,6	58,6	41,8
Dezember*	31,7	.	32,4	39,2	31,0	.	21,0	13,7	47,7	54,9	46,8	34,9	57,0	53,3	38,6
<b>3. Durchschnittliche tägliche Arbeitszeit der Arbeiter in Stunden<sup>11)</sup></b>															
<b>1930</b>															
August ..	7,38	.	7,63	7,74	7,40	7,02	6,58	7,82	7,15	7,06	6,89	6,95	7,74	7,34	7,28
September	7,38	.	7,47	7,83	7,18	7,14	6,65	7,77	7,28	7,07	7,18	7,10	7,88	7,45	7,33
Oktober ..	7,23	.	7,49	7,76	6,98	5,33	6,85	7,62	7,29	7,10	7,33	7,30	7,91	7,44	7,26
November	7,39	.	7,24	7,93	6,97	7,16	6,93	7,68	7,38	7,09	7,59	7,30	8,00	7,92	7,39
Dezember.	7,16	.	7,40	7,85	6,87	6,99	6,98	7,03	7,17	6,95	7,01	7,22	7,90	8,08	7,16
<b>1931</b>															
August ..	6,97	.	6,96	7,02	6,77	6,32	6,66	7,60	6,91	6,76	7,11	6,37	7,28	6,63	6,94
September	6,98	.	6,73	7,02	6,68	6,47	6,77	7,59	7,09	6,82	7,32	6,70	7,75	6,28	7,03
Oktober ..	6,94	.	6,61	7,03	6,60	6,25	6,20	7,54	7,08	6,97	7,33	6,94	7,70	6,74	7,00
November.	6,99	.	6,46	7,06	6,50	6,21	6,24	7,52	7,29	7,18	7,50	6,88	7,92	6,93	7,12
Dezember*	6,88	.	6,14	6,91	.	.	6,67	7,33	7,10	7,09	7,05	6,64	7,98	6,82	6,97
<b>4. Zahl der beschäftigten Angestellten in v.H. der Angestelltenplatzkapazität</b>															
<b>1930</b>															
August ...	83,0	94,0	91,7 <sup>12)</sup>	83,3	84,2	88,1	73,1	77,0	82,8	87,0	81,2	79,5	84,4	84,5	82,9
September	81,9	93,5	91,1	83,1	82,8	85,7	71,2	75,7	82,2	86,9	80,7	79,7	84,7	84,1	82,0
Oktober ...	80,6	92,3	89,6	81,8	81,3	84,2	68,9	74,6	81,3	86,3	79,6	79,5	84,1	83,7	80,9
November	79,4	92,0	88,9	81,4	80,6	84,2	66,7	71,9	81,1	86,3	80,1	79,6	84,0	83,9	80,2
Dezember.	78,2	91,7	87,9	80,9	79,2	83,8	67,0	69,8	81,2	85,9	79,9	79,0	84,1	83,7	79,5
<b>1931</b>															
August ...	70,8	84,2	77,3	77,5	71,2	79,0	63,6	59,8	76,4	83,1	71,1	75,8	81,7	80,9	73,2
September	69,3	84,0	76,4	76,5	69,4	78,4	62,1	57,5	75,8	83,2	70,6	74,7	81,6	79,8	72,1
Oktober ...	66,1	81,3	74,4	74,9	67,0	76,9	59,0	52,0	74,7	82,5	68,9	73,0	81,3	78,7	69,8
November.	64,7	81,0	72,1	74,4	65,9	76,0	58,0	49,7	74,2	82,0	69,0	73,8	81,0	78,0	68,8
Dezember*	63,2	.	70,8	73,3	64,9	.	57,2	47,1	73,6	80,8	67,4	74,0	80,3	76,1	67,6

<sup>1)</sup> Die Angaben für die einzelnen Industriezweige und -gruppen sind nur in ihrer Bewegung, nicht in ihrer absoluten Höhe voll miteinander vergleichbar. — <sup>2)</sup> Diese Gruppe umfaßt außer den einzeln aufgeführten noch eine große Anzahl anderer Industriezweige; die Ergebnisse hierfür werden nach und nach veröffentlicht. — <sup>3)</sup> Stein- und Braunkohlenbergbau. — <sup>4)</sup> Ohne Waggon- und Schiffbau. — <sup>5)</sup> Baugewerbe und Baustoffindustrien. — <sup>6)</sup> Textilindustrie, Bekleidungsindustrie und die unter 7 bis 10 genannten Industriezweige sowie Kraft- und Fahrradindustrie. — <sup>7)</sup> Möbel, Stühle, Eisenmöbel, Möbelbeschläge, Beleuchtungskörper, Haus- und Küchengeräte, Aluminiumwaren, Haushaltsmaschinen, Alpakabestecke, Messing- und Nickelwaren, Metallkurzwaren, Geschirrstzeug, Weißhohlglas, Uhren, Kunstleder, Holzwaren, Wachwaren. — <sup>8)</sup> Lederwaren, Pianos, Photographische Apparate, Funkgerät, Edelmetall- und Schmuckwaren, Spielwaren, Papierwaren, Kosmetik. — <sup>9)</sup> Mühlen, Fleischwaren, Teigwaren, Ölmühlen, Margarine, Stärke, Obst- und Gemüsekonserven, Zuckerraffinerien, Süßwaren, Fischräucherei. — <sup>10)</sup> Brennereien und Likörfabriken, Brauereien, Mälzereien, Sektellereien, Zigarren, Zigaretten, Rauch- und Kautabak. — <sup>11)</sup> Die Ziffern hinter dem Komma bedeuten Dezimalteile einer Stunde. — <sup>12)</sup> Änderung des Tarifvertrages. — <sup>\*)</sup> Vorläufig.



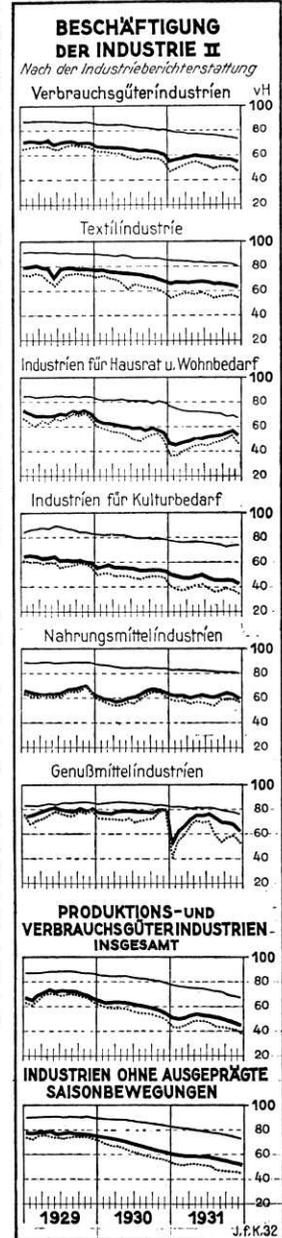
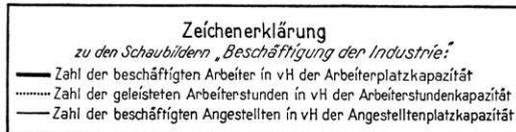
führen. Auch in der Pflasterstein- und Schotterindustrie, in der Ziegel- und Dachpappenindustrie sowie in der Grobkeramik ist die Beschäftigung stark gesunken. Darüber hinaus hat sich der Rückgang auch in den übrigen Produktionsgüterindustrien fortgesetzt, so vor allem in der Großeisenindustrie, in den Eisengießereien, im Maschinenbau, in der Eisen- und Stahlwarenindustrie und der Elektrotechnik.

In den Verbrauchsgüterindustrien war die Beschäftigung in den letzten Monaten fast unverändert geblieben. Im Dezember ist indes ein Rückgang eingetreten, der fast so stark war wie in den Produktionsgüterindustrien. Zu dem konjunkturellen Rückgang kam ein saisonmäßiger, da in einer Reihe von Industriezweigen die Beschäftigung nach Erledigung der Aufträge für das Weihnachtsgeschäft sich bereits wieder vermindert hat. Dies gilt für einzelne Zweige der Textilindustrie (Wolle, Trikotagen, Strick- und Phantasiewirkwaren, Möbelstoffwebereien), für die Bekleidungsindustrie sowie für Teile der Metallwarenindustrie.

In der Möbelindustrie ist die seit Februar 1931 anhaltende Belegung nunmehr zum Stillstand gekommen; im Dezember ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter bereits um 6 v.H. gesunken.

Bei den Nahrungs- und Genußmittelindustrien hat sich die Beschäftigung auch in den Industriezweigen vermindert, die keine ausgeprägte Saisonbewegung aufweisen; besonders scharf war die Einschränkung in der Tabakindustrie.

In der Beschäftigung der Angestellten hat sich der Rückgang mit unverminderter Schärfe fortgesetzt. Die saisonmäßige Einschränkung in einzelnen Zweigen der Verbrauchsgüterindustrien macht sich bei den Angestellten nicht so stark bemerkbar wie bei den Arbeitern. Dabei ist die Beschäftigung der Angestellten in den Produktionsgüterindustrien weiterhin bedeutend schärfer zurückgegangen als bei den Verbrauchsgüterindustrien.



## KONJUNKTUR-KARTEI

### Deutschland

#### Eisenschaffende Industrie 27. 1. 32 (26. 8. 31)

Der Produktionsrückgang in der eisenschaffenden Industrie hat sich im Dezember erneut verschärft. Die arbeitstägliche Rohstahlgewinnung sank um rd. 23 v.H. unter den Stand des Vormonats. Roheisenerzeugung und Produktion der Walzwerke gingen ebenfalls scharf zurück. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist von 53,2 v.H. der Sollzahl im September auf 48,7 v.H. im November gesunken und dürfte im Dezember bei etwa 46,1 v.H. liegen. Die Schrumpfung der Geschäftstätigkeit entfällt diesmal in erster Linie auf das Ausfuhrgeschäft, nachdem die Bestellungen der russischen Regierung, die in den vorhergegangenen Monaten die Exporttätigkeit der eisenschaffenden Industrie noch gestützt hatten, erledigt sind. Dieser Rückschlag der Ausfuhr wiegt um so schwerer, als infolge des Tiefstandes der

internationalen Preise die Wettbewerbsmöglichkeiten auf den übrigen Auslandsmärkten sich außerordentlich verschlechtert haben. Auf dem Inlandsmarkt haben offenbar die Erwartungen der Preissenkung das — an sich geringe — Geschäft im Dezember beeinträchtigt. Entsprechend sind Handel und Verbraucher nach Eintritt der Preisherabsetzung im Januar mit gewissen Deckungskäufen am Eisenmarkt hervorgetreten. Für die konjunkturelle Gestaltung der Geschäftstätigkeit in den kommenden Monaten ist diese zeitweise Belegung ohne größere Bedeutung. Die zunehmende Erschwerung des Auslandsabsatzes der eisenverarbeitenden Industrie läßt vielmehr erwarten, daß auch der Inlandsabsatz von Walzeisen weiterhin zurückgehen wird. Bei dem geringen Schrotbedarf der deutschen Werke und dem Tiefstand der heimischen Schrottpreise hat der Schrotthandel in den letzten Monaten beträchtliche Mengen Schrott exportiert.

